

SCHULTE AN RIESTER

Novellierung des Arbeitsgenehmigungsrechts

Eine Novellierung des gesamten Pakets des Arbeitsgenehmigungsrechts fordert der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte in einem Brief an Bundesarbeitsminister Walter Riester. Bestehende Unübersichtlichkeiten, Unklarheiten und Missstände – so Schulte – müssten im Sinne einer fairen Gesellschaft beseitigt werden. Wörtlich schreibt der DGB-Vorsitzende:

„Der DGB hält nach wie vor grundsätzlich daran fest, dass es keine Verdrängung einheimischer – deutscher und ausländischer – Arbeitskräfte („Arbeitsmarktinländer“) geben darf; daher ist das nun im SGB III §§ 284ff. fest verankerte Inländerprimat – Vorrangprüfung bevorrechtigter „Arbeitsmarktinländer“ – sinnvoll und muss prinzipiell erhalten werden.

Allerdings bestehen hier einige Vorbehalte, deren Überprüfung nicht nur im Sinne der Gewerkschaften als Arbeitnehmervertreter, sondern auch der Arbeitgeber und der Arbeitsverwaltung selbst sein dürfte:

→ Die Zwangsrotation von Beschäftigten muss verhindert werden, d.h. die Verlängerung der Arbeitsurlaubnis zur Fortsetzung eines bestehenden Arbeitsverhältnisses darf nicht verweigert werden. (BMA-Erlass vom März 1993)
→ Grundsätzliche Arbeitsverbote für bestimmte Personengruppen – BMA-Erlass vom 30.05.97 – sind überflüssig. Der Mechanismus der Vorrangprüfung von Arbeitsmarktinländern zur sozialverträglichen Steuerung des Zugangs zum Arbeitsmarkt reicht aus.“

Befürchtungen, dass es bei einer Öffnung des Arbeitsmarktes für alle, die sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten, zu Verdrängungseffekten kommen könnte, teilt der DGB nicht. Sie seien – so Schulte „auch historisch unbegründet. So sank die allgemeine Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zwischen den Jahren 1985 und 1990 um 420.000 Menschen bei einem gleichzeitigen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Ausländer um ca. 260.000.“

UNO-STUDIE

Zuwanderung ist nötig

Einer Studie der Abteilung für Bevölkerungsfragen bei der UNO zufolge müssen in den nächsten 50 Jahren jährlich rund eine halbe Million Menschen nach Deutschland einwandern, um den Umfang der Erwerbsbevölkerung (alle 15- bis 65-Jährigen) auf dem Stand von 1995 halten zu können. Das gilt auch, wenn hier lebende Menschen, die nicht arbeiten dürfen eingegliedert werden und die Erwerbsbeteiligung steigt. Wegen des Geburtenrückgangs und der steigenden Lebenserwartung verringert sich die Zahl der im Erwerbsleben Stehenden, während die der Rentner wächst.

Die Probleme, die sich daraus für die sozialen Sicherungssysteme ergeben, sind bekannt.

Die UNO-Studie, die in vollem Umfang im März erscheinen wird, untersucht Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Russland, Südkorea und die USA. Die EU – so die Empfehlung der UNO – sollte sich in den nächsten 25 Jahren um die Einwanderung von 35 Millionen Menschen bemühen, um die Erwerbsbevölkerung auf einem stabilen Level zu halten. Hinzu zu fügen wäre: Um eine gezielte Zuwanderung organisieren zu können, braucht man ein Einwanderungsgesetz.

Inhalt

SEITE 2

- REVAG: Über 50 Jahre Integrationsarbeit
- Zitate aus Neujahrsansprachen

SEITE 3

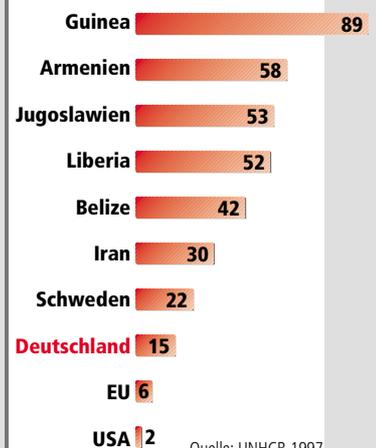
- Ausbildung bei ausländischen Unternehmen
- Aktiv gegen Rechts
- BCE-Broschüre: Die neue Rechte

SEITE 4

- Information tut Not
Erçüment Toker
(Projektleiter des Aktionsbüros
Einbürgerung NRW, Bochum)
- OECD-Bericht zur Migration

Zahlenwerk

Flüchtlinge weltweit Auf 1000 Einwohner kommen Flüchtlinge in



Quelle: UNHCR 1997

Steter Versuch der Integration

„Kohle machen“, das hieß nach dem 2. Weltkrieg noch genau das, was es wörtlich sagt, in den Berg fahren und Kohle abbauen. Kohle war der notwendige Grundstoff, aus dem nach 1945 Energie für die zusammengebrochene, kriegszerstörte Wirtschaft gewonnen wurde. Von Menschen, die überlebt hatten und auf der Suche nach Arbeit ins Kohlerevier gekommen waren. Auch, weil mit Ruhrkohle „Kohle“ zu machen war. Sie waren allein, hatten weder Unterkunft noch soziale Bindungen, sie waren Kriegswracks, wie die Bergwerke, in die sie kamen. Diese Menschen wieder einzubinden, Integration zu versuchen, machte sich damals die „Fachstelle für kulturelle Betreuung der Bergarbeiter“, dann „Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung“, die spätere REVAG zur Aufgabe.

Sie hat über fünfzig Jahre an diesem Selbstverständnis nicht gerüttelt. Formen und Zielgruppen wurden verändert, die Organisationsstruktur – sie ist seit 1992 ein gemeinnütziger Verein –, die Zahl und die Vielfalt der Angebote, aber das Ziel Integration blieb unverändert: der heimatlosen deutschen Arbeitssuchenden des Nachkriegs, der heimatlosen ersten Gastarbeiter, die in den fünfziger Jahren für den Bergbau angeworben wurden, der nachgezogenen Familien, der Migranten aus vielen Ländern, aber auch der massenhaft in den achtziger Jahren aus dem Bergbau Entlassenen und schließlich der Alten. Von Anfang an war die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IG BE), neben Landesregierung und Bergbauunternehmen, eine der tragenden Säulen. Problemlos war dieses „Kind REVAG“ für die Gewerkschaft allerdings nicht: „Diese Veranstaltung

schien sich mehr an Bergwerksdirektoren zu orientieren“ oder: „Die REVAG glitt so ein bisschen ab in Reisebüro­tätigkeit“, erinnern sich Zeitzeugen, aber „fallen lassen wollten wir sie nicht“. Vor allem deshalb nicht, weil zu dieser Zeit „der Zustrom der (angeworbenen) Ausländer einsetzte, die mussten betreut werden.“ Und so formulierten REVAG und IGBE die neuen Aufgaben gemeinsam: das Beispiel für Partnerschaft bei Wahrung der jeweils eigenen Positionen, so bewerten die Träger der REVAG den damaligen Kompromiss. Integration heißt für sie seit den siebziger Jahren „kritische Auseinandersetzung mit der fremden Kultur und eine reflektierte Übernahme, ohne die Traditionen, Werte und Normen des Heimatlandes aufzugeben.“ Sprachkurse, zunächst für die Arbeiter, dann auch für deren Frauen. Die REVAG lernte, dass sie nur dann angenommen wurden, wenn sie ohne Bevormundung, ohne theoretische Begründung, ohne missionarischen Eifer auskamen.

Hat die REVAG ausgedient, seit die Kohle ihre einzigartige Stellung als Ausgangsstoff aller Energie verlor? Krisen, auch die des Bergbaus, bergen Gefahren für das soziale Klima einer Region, Integration als Aufgabe wird deshalb neu definiert. REVAG sieht darin eine ihrer neuen Aufgaben: Qualifikationsangebote für Arbeitnehmer unterbreiten, aber auch den Alltag derer begleiten, die früh verrentet wurden oder gar nicht erst in den Beruf fanden.

Wer sagt, das Feld sei bestellt, man müsse nur noch ernten, der irrt. Auch knapp 52 Jahre nach ihrer Gründung liegt vor der REVAG die Breite der Betätigungsfelder: Was wird aus den Sozialbeziehungen in den Bergarbeiterregionen? Wie leben die Ausländerkinder der zweiten und dritten Generation, die immer noch keinen deutschen Pass haben? Die REVAG ist inzwischen eines der Zentren, in denen Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen und denen, die als Gastarbeiter kamen, aber längst zu den Einheimischen zählen, gelebt werden, in denen die kulturellen Traditionen gepflegt und mit den Eigenheiten der Ruhrregion verknüpft werden. Unangestrengt und selbstverständlich.

Informationen:

Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung e.V. (REVAG) Geschäftsstelle:
Rellinghauser Str. 1, 45128 Essen
Tel. 0201 / 17 77 33 70



...aus Neujahrsansprachen

„Wenn Verantwortung für unsere Nachbarn, Gleichheit und Gerechtigkeit Dinge sind, die nur in einer toleranten Gesellschaft verwirklicht werden können, so sind Akzeptanz von und Respekt für Vielfalt die Grundvoraussetzungen für gemeinsamen Erfolg im neuen Millennium.“

Präsident Martti Ahtisaari (Finnland)

„Lassen Sie uns das Jahr 2000 auch zu einem Jahr der guten Nachbarschaft, der Absage an Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit machen.“

Bundeskanzler Gerhard Schröder (Deutschland)

„Respekt vor der Überzeugung und Kultur jedes Einzelnen ist vor allem eine Verpflichtung. Hierbei geht es um mehr als lediglich Toleranz. Es kommt auf die Erkenntnis von menschlichen Werten und gleichen Rechten an. Nur so kann eine Welt von Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden entstehen.“

Königin Beatrix (Niederlande)

„Wir müssen allen danken, die mutig aufgestanden sind, um gegen Rassismus und Nazismus zu kämpfen, die selbst in unserem Land erst kürzlich entsetzliche Auswüchse zeigten. Menschen, die auf verschiedenste Art Zivilcourage zeigen, gebührt unsere Bewunderung und Unterstützung. Wie auch in früheren Jahrhunderten ist die schwedische Gesellschaft heute geprägt von Menschen verschiedener Kulturen, mit unterschiedlichen Traditionen und Religionen. Vielfalt ist positiv und gibt Kraft.“

König Carl XVI. Gustaf (Schweden)

IN EIGENER SACHE

Heute zum vorletzten Mal: Forum Migration wird ab dem 1. April 2000 nur noch an Einzeladressen versandt (und zwar als Einzel-exemplare) und nicht mehr über die DGB-Kreise verteilt. Wer Forum Migration weiter oder neu beziehen möchte (auch diejenigen, die sich bislang auf das Verteilen verlassen haben), muss aktiv werden und bestellen unter:

DGB-Bundesvorstand, Postfach 110372, 10833 Berlin
0211/43 01-134 (Fax)
migration@bundesvorstand.dgb.de (E-Mail)

Ausbildung bei ausländischen Unternehmern

Viel Prominenz hatte sich am 27. September 1999 bei der Kölner Industrie- und Handelskammer eingefunden, mit Edelgard Bulmahn und Walter Riester gleich zwei Minister der Bundesregierung und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda. Und in Zeiten knapper Kassen eher ungewöhnlich – die Berliner Minister hatten Geld mitgebracht, jeweils eine knappe Million Mark, die in den nächsten drei Jahren ausgegeben werden.

Zugute kommt das Geld der Koordinierungsstelle Ausbildung in ausländischen Unternehmen, kurz KAUSA, deren Gründung Anlass war, nach Köln zu kommen. Bei dem Projekt geht es darum, ausländische Unternehmer in Deutschland zu ermutigen und in die Lage zu versetzen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Dass dies bislang nicht ausreichend geschieht, liegt oft an mangelnden Informationen. Walter Riester: „Unternehmer ausländischer Herkunft sind oft nicht im deutschen Bildungssystem aufgewachsen und kennen die Vorteile der dualen Ausbildung zu wenig. Mit KAUSA unterstützen wir eine bundesweite Informati-

onskampagne, die die Arbeit vieler regionaler Initiativen unterstützt.“

Eine Hürde besteht für viele ausländische Unternehmer darin, die notwendige Prüfung für die Ausbildungsstelle abzulegen. Sie fürchten, das nicht zu schaffen. Aber: „Wer sich ein bisschen Mühe gibt, kann das auf jeden Fall bewältigen“, sagt Yesim Krusum, Mitinhaberin eines Textilrecycling-Unternehmens in Bremerhaven. Sie weiss, wovon sie redet. Die Prüfung hat sie vor kurzem erfolgreich hinter sich gebracht.

Auch Edelgrad Bulmahn setzt auf Mut machen: „Mit KAUSA wollen wir ein Signal setzen und Unternehmerinnen und Unternehmer ausländischer Herkunft bei ihrem Einstieg in die Ausbildung unterstützen.“ Die Zahl der möglichen Ausbildungsplätze, die entstehen können, wird auf deutlich über 10.000 geschätzt – und zwar zusätzlich. Wenn das – zumindest weitgehend – umgesetzt wird, sind die zugesagten Gelder bestens eingesetzt. ■

Informationen zu KAUSA:

Unter Sachsenhausen 10-26, 50667 Köln
Telefon: 0221/1640-667, Fax: 0221/1640-669
E-Mail: info@kausa.de
Internet: www.KAUSA.de

Vom Gleichnis bis zum Kommentar

Jährliche „Ratschläge gegen Rechts“ haben in Thüringen seit 1991 Tradition. Und sie erreichen ein Niveau, das weit mehr ist als notwendige Analyse. Erarbeitet vom DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. vereint es unter dem Titel „Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit“ vielfältigste Formen, Gleichnisse ebenso wie wissenschaftlich begleitende Texte, kleine Geschichten, Kommentare und natürlich historisch Erklärendes. Alles beim DGB abrufbereit und für die konkrete Arbeit nutzbar.

In einigen Analysen wird behauptet, der Rechtsextremismus in Deutschland ist am Ende des Jahrhunderts gespalten und uneins, wenn auch fähig zu Aktionen. Deshalb sei den Rechten bei den Wahlen im vergangenen Herbst nur noch marginaler Erfolg beschieden gewesen. Das allerdings entspricht nicht dem, was der

DGB Thüringen feststellte: Für ihn sind in allen Alters- und Sozialschichten rechtsextreme Orientierung stärker ausgeprägt als Wahlstimmen es deutlich machen. Konsequenter verbindet die Analyse rechtsextreme und rassistische Positionen mit der allgemeinen gesellschaftlichen Situation, in der auch durch die Politik der Eindruck vermittelt wird, es handele sich bei den „Objekten rechten Hasses“ um Menschen, die im sozialen Gefüge ohnehin nicht als gleichberechtigt anerkannt sind und deshalb bekämpft werden dürfen. Deshalb propagiert der DGB: Es muss praktisch erfahrbar werden, dass Menschen in diesem Land grundsätzlich gleichbehandelt werden. Nur so kann Rassismus und Rechtsextremismus der Boden entzogen werden. ■

Informationen bei:

Julika Bürgin, DGB-Bildungswerk Thüringen
Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt
Tel. 03615961390

Notiert

BCE-BROSCHÜRE *Die neue Rechte. Ziel der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) war es nie, „die Wählerinnen und Wähler rechtsextremer Parteien zu diffamieren. Unser Ziel war es immer, – und ist es auch mit dieser Broschüre – einen schwer wiegenden Irrtum aufzuklären: Rechte Parolen sind keine Lösungsrezepte für die Probleme unserer Zeit.“ So Jürgen Walter, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der BCE zu einem neu erschienenen Bildungsmaterial seiner Gewerkschaft. Thema: Die neue Rechte. Das Thema wird von verschiedenen Seiten beleuchtet. So werden etwa die Wahlergebnisse bei der Europawahl und die Praxis der DVU im Magdeburger Landtag untersucht. Ein Schwerpunkt liegt bei der Untersuchung der Versuche der Rechtsextremen, neue Themen zu besetzen, etwa Ökologie und soziale Fragen. In diesem Zusammenhang werden auch Medien der neuen Rechten analysiert. Das Bildungsmaterial bleibt aber nicht bei der Darstellung und Analyse stehen. Informationen allein – so der BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt – reichen nicht aus. Vielmehr müssten dem Extremismus durch eine sozial gerechte Politik gerade für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Boden entzogen werden.*

Bezug: Das Bildungsmaterial „Die neue Rechte“ kann bestellt werden bei Buchdruckwerkstätten Hannover Beckstr. 10, 30457 Hannover Fax: 0511/946 70 38 E-Mail: kontakt@bw-medien.asyf-hde

Weltweite Migrationstrends

Ende 1999 ist der jährliche Bericht der Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) „Trends in International Migration“ erschienen. Der Bericht, der nur in englischer Sprache vorliegt, beleuchtet vorrangig die Situation in den 29 Mitgliedsstaaten der OECD.

Ein Thema – das ganz offenbar an Brisanz gewinnt – ist Migration und demografische Entwicklung. Als besonders betroffen nennt der Bericht Deutschland, Italien, Griechenland, Schweden und die Schweiz. Wobei in einigen Ländern der Rückgang der Bevölkerungszahlen dadurch verlangsamt wird, dass die Geburtenrate der im jeweiligen Land lebenden Ausländerfamilien größer ist als die der angestammten Bevölkerung. So haben in Luxemburg 40 Prozent der Neugeborenen eine ausländische Mutter, in der Schweiz sind es 22, in Deutschland und Schweden je 13 Prozent.

Die verschiedenen Analysen sind mit umfangreichem statistischen Material unterlegt. Eine Hochrechnung der weltweiten Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2025 weist zum Beispiel aus, dass die Bevölkerungszahl Europas (mit Ausnahme Russlands) von 582 auf 580 Millionen Menschen sinken wird. Damit sinkt der Anteil an der Weltbevölkerung von zehn auf sieben Prozent, während der Anteil Afrikas von 13 auf 16 Prozent steigen wird.

Andere Daten zeigen den Anteil der Ausländer an der Erwerbsbevölkerung in verschiedenen Ländern. Spitzenreiter ist hier Luxemburg mit 55,1 Prozent, am anderen Ende liegen Finnland mit 0,8 und Japan mit 1,0 Prozent.

Ein besonderes Kapitel widmet sich den ökonomischen und politischen Hintergründen der illegalen Migration, wobei die Situation in Europa und den USA verglichen wird. ■

Trends in International Migration. 1999 Edition. (Hrsg. OECD Paris) 328 Seiten, 104,- DM.

Bestellungen über den Buchhandel sind möglich. Die Außenstelle der OECD in Deutschland hat die Telefonnummer 0228 / 959 12 15

Kommentar

INFORMATION TUT NOT



Ercüment Toker, Projektleiter des Aktionsbüros Einbürgerung NRW, Bochum

Es geht so weiter, wie es angefangen hat mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht. Die im Dezember 1999 verkündete Einigung der Innenminister über die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften bröckelt wieder ab. Es wird vermutlich in einigen nicht unwesentlichen Punkten eine unterschiedliche Praxis in den Länder geben. Interessanterweise sind sich alle Länder einig über die 500,— DM Gebühr für Kindereinbürgerungen. Diese Festlegung ist bei den Migrantenfamilien noch einmal eine Enttäuschung, wie der gesamte Verabschiedungsprozeß des neuen Staatsangehörigkeitsreformgesetzes. Das ist allein deshalb nicht unwesentlich, weil die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechtes den

Kernpunkt der Integrationspolitik der neuen Bundesregierung bildete. Das Hauptvorhaben der Integrationspolitik stößt jetzt an Grenzen und Schwierigkeiten, weil die eigentlichen Zielgruppen des Reformgesetzes nicht einbezogen und nicht informiert waren. Die bisherige Diskussion einschließlich der unsäglichen Kampagne der Unionsparteien fand in der Mehrheitsgesellschaft statt. Insofern ist es kein Wunder, daß es in den ersten 2 Wochen nach dem Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsreformgesetzes der von manchen erwartete Antragsansturm ausgeblieben ist. Auch die ersten Erfahrungen des Aktionsbüros Einbürgerung im Paritätischen Wohlfahrtsverband NRW decken sich mit der allgemeinen eher verhaltenen Interessenlage. Vor allem in den türkischsprachigen Medien gibt es seit Wochen eine Diskussion, die vermutlich viel mehr verunsichert als aufklärt. Einer der Kernpunkte

dieser Diskussion ist die Ausbürgerung und die damit verbundenen Unklarheiten in der türkischen Gesetzgebung. Weil auch das neue Staatsangehörigkeitsrecht an der Vermeidung der Mehrstaatigkeit festgehalten hat, blieb die alte und neue Diskussion über die materiellen und psychologischen Probleme und Risiken der Ausbürgerung. Jetzt ist eigentlich die Organisation und Durchführung einer umfassenden und nachhaltigen Informationsarbeit, die sich vor allem an die Migrantenbevölkerung vor Ort richten musste, erforderlich. Die bisherigen Informationskampagnen der Bundesregierung sind für bestimmte Zwecke nützlich und sinnvoll, sie sind aber nicht ausreichend. Vor allem erreichen sie die Migrantenbevölkerung kaum. Deshalb sind Bund und Länder aufgefordert zur Erreichung der Ziele des Gesetzes die notwendige und nachhaltige Informationsarbeit zu unterstützen.

Impressum

FORUM MIGRATION

Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Referat Migration Burgstr. 29-30 10178 Berlin Tel. 030 / 2 40 60-742 **Erscheinungsweise** monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt: Leo Monz **Koordination:** Isabel Basterra **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath **Forum Migration** wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.